

im neuen Regierungsprogramm, das von den Fraktionen der SPD und FDP voll bestätigt und auch von der CDU/CSU in den wesentlichen Grundaussagen gebilligt wurde. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, hatte vor der Regierungsbildung einige der zentralen Forderungen der Monopole für die künftige Regierungspolitik formuliert. Er verlangt unter anderem die Kürzung der Zuwachsraten im Staatshaushalt bei Sicherung der not-

wendigen Mittel für die Rüstungspolitik und die Interessen der Wirtschaft, „Anpassung“ der Sozialausgaben an die zurückgehende Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, Kürzung bisher gewählter Subventionen, soweit sie nicht dem „wirtschaftlichen Wachstum“ dienen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, pflichtete dem bei und verlangt außerdem den Verzicht auf Konjunkturprogramme, die der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen sollen.

Werkträgigen, ja selbst in der SPD zunehmen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen machte sich zum Sprecher dieser Unzufriedenheit, als er die Politik der Bundesregierung kritisierte. Insbesondere griff er den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in den westeuropäischen Ländern an. Hansen bemängelte vor allem, daß die BRD-Regierung und die SPD-Führung diesen Beschluß mit allen Mitteln verwirklichen wollen, obwohl die vom SPD-Parteitag beschlossenen Vorbedingungen - Annahme von SALT II durch die USA und Vorrang der Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen mit der Sowjetunion - nicht erfüllt waren.

## Kritik an volksfeindlicher Politik nicht geduldet

Das Regierungsprogramm von Bundeskanzler Helmut Schmidt trägt diesen Forderungen der Monopolverbände und nicht etwa denen des werktätigen Volkes Rechnung. Während der Rüstungshaushalt trotz zunehmender Staatsverschuldung auch in diesem Jahre um real drei Prozent zunehmen wird, werden Kürzungen vor allem im Bereich der Sozialpolitik, so bei den Zuschüssen des Staates für die Rentenversicherung, den Wohnungsbau und die Sparförderung, durchgesetzt, werden Subventionen für Dieselöl gekürzt, was zu einer Verteuerung der Tarife bei den Nahverkehrsmitteln führt, sind Steuererhöhungen für Benzin und Dieselöl vorgesehen, die besonders die Werkträgigen schwer belasten. Die Regierung verzichtet auch auf die Durchführung von Konjunkturprogrammen, die der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen sollen, obwohl im Januar 1981 die Zahl der Arbeitslosen bereits auf 1,3 Millionen gestiegen war. Gleichzeitig aber verkündet die Regierung, daß sie verstärkt „Grundsätze der marktwirtschaftlichen Entwicklung“ durchsetzen will, die den Unternehmern unter anderem im Wohnungs-

bau zusätzliche Profite sichern sollen.

Alle im Bundestag der BRD vertretenen Parteien haben sich seit den Bundestagswahlen für eine weitere Annäherung an die Konfrontationsstrategie der USA eingesetzt und forcieren die NATO-Politik der verstärkten Aufrüstung. Damit beschwören sie eine tödliche Gefahr herauf, mißbachten und verraten sie die Lebensinteressen der Bevölkerung. Für die Realisierung dieser gefährlichen politischen Konzeption werden die Bedrohten zudem noch zur Kasse gebeten. Das wurde wieder im Falle der von Bundesverteidigungsminister

Apel geforderten zusätzlichen Ausgaben für die Entwicklung des Flugzeuges Tornado deutlich. Die zusätzlichen Millionen wurden trotz der hohen Staatsverschuldung von allen Bundestagsparteien ohne weiteres gebilligt. Dieselben Parteien forderten im gleichen Atemzug aber die Werkträgigen der BRD und ihre Gewerkschaften dazu auf, bei den Tarifverhandlungen „Zurückhaltung“ zu üben und eine „Lohnpause“ einzulegen.

Es verwundert nicht, wenn angesichts dieser Politik der Bundestagsparteien Unruhe und Unzufriedenheit unter den

Wie in dieser Welt der Scheindemokratie nicht anders zu erwarten, zog er Zorn, Drohungen und Mißbilligungen auf sich. Die SPD-Führung reagierte mit einem Parteiordnungsverfahren. Hansen kam mit einer Rüge davon und entging nur deshalb dem Ausschluß aus der Partei und der Fraktion, weil sich in zunehmendem Maße Untergliederungen und Funktionäre der SPD hinter ihn gestellt hatten und seine Positionen unterstützten. Das Beispiel illustriert deutlich, in wessen Interesse im Bundestag der BRD Politik gemacht wird.

Die DKP schätzte nach den Wahlen und nach der Abgabe der Regierungserklärung ein, daß von diesem Bundestag und dieser Regierung keine Politik zu erwarten ist, die den Interessen der Werkträgigen entspricht. Die arbeitenden Menschen in der BRD werden „nur das bekommen, was sie durch gemeinsame Aktionen durchsetzen“.

Dr. Helmut Richtsteiger

1) Lenin, Werke, Bd.29, S.476